

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausreißer
und für Auswärtige die Postanstalten
an. — Erscheint wöchentlich.
Sprech- und Anschlag Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Nebenzeiten
Deutsches für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 50 Goldpfennige, aus-
wärtige Anzeigen 25 Goldpfennige.
Belagungs-Deutsche 25 Goldpfennige.
amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1098.

Nr. 191

Sonnabend, den 16. August 1924

19. Jahrgang

Politischer Guckkasten.

Der Leipziger Kommunistenprozess wegen der Waffendiebstähle bei der Potsdamer Reichswehr hat mit der Verteilung der Angeklagten zu langjährigen Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen geendet. Die kommunistische „Rote Fahne“ tobt und benutzte die Schwere des Urteils, um von neuem Stoff unter ihre Anhänger zu tragen. Die Kommunisten freilich haben allen Grund, die Aufmerksamkeit ihrer Parteifreunde durch allerlei Querbrünge von der Hauptfrage abzulenken. Und diese Hauptfrage ist, wie das der Vorkingende bei der Begründung des Urteils auch ausdrücklich feststellte, daß wieder einmal die Drahtzieher aus der kommunistischen Partei ihre eigenen Parteifreunde durch Verleumdung zu schweren Verbrechen in namenloses Unglück gestürzt haben, während die eigentlichen Schuldigen, die Parteiarbeiter, sich vorsichtig im Hintergrund halten und bei der Strafe leer ausgehen. Noch ein Anderes hat der jüngste Leipziger Prozess gelehrt: Von einigen wenigen rüchigen Schafen abgesehen, hat sich die Reichswehr als immun gezeigt gegenüber der kommunistischen Anfechtungsgelahr. Und da die Bestrebungen der Linksradiakalen, die Truppe zu sich herüberzuziehen, bisher vergeblich gewesen sind, darf man mit Zuversicht hoffen, daß auch in Zukunft die Reichswehr sich als festes Bollwerk gegen den Umsturz bewähren wird.

Die deutschnationale Presse ist voller Entrüstung, weil General v. Deimling sich bei der Weimarer Versammlung seiner offen zur Republik bekant hat. Namentlich die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in einem langen Artikel, der mit Schimpfwörtern angefüllt ist, ihren ranen Haß zum Ausdruck. General v. Deimling, der ausgezeichnete Korpskommandeur, unter dem Ludendorff seinerzeit in Straßburg eine Brigade führte, und den Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen“ besonders rühmt, soll anscheinend gesellschaftlich geachtet werden. Es ist zwar erlaubt, daß ein General im Bierkeller putzt und den Staat ins Verderben zu stürzen unternimmt. Es ist aber gänzlich unerlaubt, daß ein General sich zum Staat in seiner heutigen Form bekennt und an der Wiederaufrichtung des Vaterlandes mitarbeitet. Die mangelnden sachlichen Argumente muß Beschimpfung und gesellschaftlicher Boykott ersetzen. So ist es vorher dem General Freiherrn v. Schänwald, so ist es jetzt dem General v. Deimling. Wir sind überzeugt, daß es auch in Zukunft nicht an aufrechten Männern fehlen wird, die den Mut ihrer Ueberzeugung haben, auch wenn sie sich dadurch das Mißfallen einer bestimmten Gesellschaftsschicht zuziehen sollen.

Der Parteilager der nationalsozialistischen Freiheitspartei hat an diesem Freitag in Weimar programm-mäßig begonnen. Die deutschnationale Presse berichtet darüber natürlich mit dem gewöhnlichen Tamtam; aber ob es gerade die Stimmung besonders gefördert hat, daß bald nach der Eröffnung General Ludendorff sich an seine Anhänger eine Kapuzinerrede zu halten. Ist doch etwas zweifelhaft. Ludendorff wandte sich nämlich gegen die Zuchtlosigkeit in der Partei, die daher komme, daß wir uns noch nicht zu den höchsten Höhen des Nationalsozialismus erhoben haben. Der letzte Leiter der Partei tadelte besonders die „elke Verblendung“, gewisser Unterführer, sagte über „Partei-Konzentration“ und „Spaltspitze“ und stellte fest: „Wir haben Männer unter uns, die nicht zu uns gehören.“ Im Uebrigen stellte sich Ludendorff auf den Standpunkt, die deutsche Lebensanschauung verlangt Lebens- und Freiheitswillen.

Anderer Ansicht war der Professor Adolf Bartels. Dieser erklärte: „Ich kann das verdamnte Wort Freiheit nicht mehr hören und wünsche, es läme endlich einer, der uns mit dem Ansbabel auf den Kopf haut.“ Diesen freundlichen Wunsch artikulierte die Versammlung mit Beifall. Bartels sprach auch von Goethe, der zum Judengott Jehowah die einblische Stellung eingenommen habe und nannte fichte den ersten Nationalsozialisten sowie Heinrich Heine den ersten Dampfen, den es gegeben hat. Unter Wilhelm II. habe die dritte jüdische Infektionsperiode das deutsche Volk unterbekommen. — Eine merkwürdige Gesellschast.

Die deutschnationale Presse — halblaut sekundiert von den schwankenden Gestalten der Deutschen Volkspartei — hat sich über die Feler der Verfassungstages und den unverkennbaren Zug nach links wirklich geärrert. Die Rechtspresse empfindet, daß die Tage ihres Glanzes vorüber sind. Einige jener Ausreißer, deren D r z nach Doequibagen und dem Kroneorden 4. Klasse zurückkehrt, behielten sich mit wügelnden Bemerkungen über die feiernden Republikaner, aber die „Streuzeitung“ erkennt die Situation besser und ist

ernster gestimmt, besonders über die schnell wachsende Organisation „Schwarz-Rot-Gold“. Während der „Kafalangeier“ und ähnliche Organe sich allerlei Scherze abquälten, sollte die „Streuzeitung“ mit, daß auf dem Tuche ihres Hauses „die schwarzweißrote Fahne mit einem Trauerflor im Winde weht“. Damit ist die Stimmung, in der die Parteiführer der Rechten die Zeichen der Zeit betrachten, in der Tat treffend zum Ausdruck gebracht.

„Das ist das Schicksal von Gewaltdiktaturen, die verhältnismäßig leicht zu errichten, schwer zu halten und nur unter vielen Konzessionen und Kompromissen zu leaktimieren und legalisieren sind.“

Dieses äußert kritische Urtheile von dem Diktaturgedanken findet sich nicht etwa in einem Blatt der Linken oder der Mitte, sondern vielmehr in der „Streu-

zeitung“ deren römischer Mitarbeiter ein schwarz „in schwarz gehaltenes Bild von der gegenwärtigen Lage Mussolinis entwirft. Mussolini dürfte nicht wagen, zur Londoner Konferenz zu fahren, da er nur durch seine Person noch die Ordnung im Lande aufrecht halte; aber eine Abwesenheit von zwei oder mehr Wochen würde in Rom das Chaos herbeiführen. Der Korrespondent spricht auch offen den Zweifel aus, daß Mussolini sich noch lange an der Herrschaft halten werde, und stellt die Schwächung der außenpolitischen Situation Italiens durch die Krise des Faschismus fest.

In Bologna ist das nationale italienische Zentrum gegründet worden, das unter Betonung seiner christlich-sozialen Grundsätze an der Befriedung der augenblicklichen innerpolitischen Lage mitarbeiten und in den gegenwärtigen innerpolitischen Kämpfen auf jede intransigente Haltung verzichten will.

Die Einheitsfront gegen Deutschland.

Kein Abbruch der Konferenz. — Deutschlands Nachgeben in der Räumungsfrage.

Die deutsche Antwort überreich.

London, 15. Aug. Die Antwort der deutschen Delegation an die deutsche Delegation auf die französischen Forderungen, wie sie den Allierten überreicht werden soll, ist heute nachmittags aus Berlin eingetroffen und beschliffert worden. Ihr Inhalt bildete den Gegenstand einer Beratung der deutschen Delegation. Sie wird vorläufig geheim gehalten. Die deutsche Antwort ist um sechs Uhr überreicht worden.

Macdonald bekundet eine große Nervosität. Er hat schon wiederholt telephonisch im Hotel Ritz bei der deutschen Delegation anfragen lassen.

Im allgemeinen rechnet man mit einer Verständigung. Besonders in englischen Kreisen war man heute mittags schon vor Eintreffen der Note recht zuversichtlich. London, 15. Aug. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Delegation über die militärische Räumung der Ruhr haben heute abend wieder begonnen.

Es wurde folgendes Kommuniqué vereinbart: Zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Delegationen hat heute eine Unterredung stattgefunden, die ein positives Ergebnis erwarten läßt. Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt.

Wieder einmal befindet sich die deutsche Regierung, wie schon so oft in den letzten 10 Jahren, in einer Lage, aus der kein Ausweg möglich scheint. Sie sieht sich vor eine Entscheidung gestellt, die so bitter ist, wie nur Traubeine seit dem Zusammenbruch. Es scheint, daß Deutschland den Vermutungsbecher bis zum letzten Tropfen leeren muß. Dabei wird niemand, der die Vorgänge in London unbereingewonnen betrachtet, der deutschen Delegation den Vorwurf machen können, daß sie die deutschen Interessen nicht mit Würde, Geschick und Festigkeit vertreten habe. Die Staatsmänner, die Deutschland nach der englischen Hauptstadt geschickt hat, haben bis zum äußersten gekämpft und es ist nicht ihre Schuld, daß sie jetzt vor Entschlüsse gestellt sind, die gewiß schwer auf ihren Gewissen lasten. Deutschland sieht sich in der Räumungsfrage einer geschlossenen Front der Allierten gegenüber, denen sich diesmal auch Amerika angeschlossen hat. Die Engländer betonen zwar geistlich, sie hätten ihren grundsätzlichen Standpunkt, daß die Ruhrbesetzung unangeleglich sei, nicht aufgegeben. Das mag theoretisch richtig sein, praktisch aber fällt es doch auf eine Billigung des französischen Vorgehens hinaus, wenn Macdonald und der amerikanische Botschafter Kellogg nach Deutschland erklärte, sie seien nicht nach London gekommen, um über die Ruhrfrage zu sprechen, sondern um sich über den Dawesbericht zu einigen, und die Deutschen täten besser daran, mit Rücksicht auf die Vorteile, die Deutschland aus dem Dawesplan entstünden, mit den Franzosen handelsmäßig zu werden. Man legt in London den größten Wert darauf, daß den Deutschen kein Ultimatum gestellt worden sei. Kann man sich aber eine schärfere Form des moralischen Druckes denken, als wenn der amerikanische Delegierte Logan den deutschen Vertretern erklärt, daß Amerika die Verantwortung für einen eventuellen Beschluß der Londoner Konferenz Deutschland beimessen werde. Man scheint auf der Gegenseite gar kein Gefühl dafür zu haben, daß eine solche Politik dem Geist des Dawesgutachten geradezu ins Gesicht schlägt, und kaum gegnere, die feillichen Voraussetzungen für ein wirkliches Ge-

lingen des Planes zu schaffen. Wie soll in Deutschland, wie soll auch in der Welt überhaupt das für den Wiederaufbau Europas so dringend nötige Vertrauen geschaffen werden, wenn in so einseitiger Weise gewissen innerpolitischen Notwendigkeiten Frankreichs Rechnung getragen wird.

Das Bedauerliche ist, daß auch die Bankiers sich mit den französischen Forderungen abgefunden haben. Man kann sich das nur so erklären, daß man in englischen und amerikanischen Kreisen den Versicherungen Herrlots, er werde, wenn erst der Dawesplan funktioniert und die einjährige Räumungsfrist befristet sei, großes Entgegenkommen zeigen und dann auch die Räumung von sich aus aus freien Stücken abkürzen, wirklich glauben schenkt. Es liegt den Engländern und Amerikanern offenbar alles daran, Herrlot in Frankreich am Ruder zu halten, weil man von ihm, wenn er erst wieder freie Hand hat, eine Politik der verständigen Zusammenarbeit erwartet.

Auf diese Weise sind der deutschen Delegation auch die letzten Trümpfe aus der Hand genommen. Die deutsche Delegation hat sich deshalb mit der grundsätzlichen Bewilligung der einjährigen Räumungsfrist abfinden müssen. Sie beginnt am 15. August ds. Js. Die Räumung soll etappenweise vor sich gehen und zwar werden die Sanktionsgebiete außerhalb des eigentlichen Ruhrgebietes, also das Offenburger Gebiet, die Häfen von Karlsruhe und Mannheim und die sogenannten Pfälzengebiete zwischen den Brückenköpfen von Mainz, Koblenz und Köln sofort geräumt. Außerdem wird die Delegation darauf dringen, daß die Stärke der Besatzungstruppen möglichst bald und in möglichst großem Umfang verringert wird, und daß das ganze System der Besatzung gemildert und dadurch die Belastung der Bevölkerung erleichtert wird. Mit Rücksicht auf diese Dinge, insbesondere aber auch im Hinblick darauf, daß Deutschland seine handelspolitische Freiheit behält und die Ruhrindustrie nicht in den großen französischen Montanzern einbezogen wird, hat die deutsche Delegation beschlossen, das Zustandekommen des Dawesberichts nicht an der Befragungsfrage scheitern zu lassen.

Berlin, 16. Aug. Die Blätter schließen aus den in Berlin aus London eingetroffenen Nachrichten, daß es heute zu einer Einigung in der Räumungsfrage und damit zu einer endgültigen Entscheidung über das Schicksal der Londoner Konferenz kommen werde. Sie betonen, daß die Verhandlungen der Konferenz über das Dawesgutachten in wesentlichen Punkten zu einem befriedigenden Ergebnis für Deutschland geführt haben. Aber auch in der Frage der militärischen Räumung seien in den letzten Besprechungen seitens der deutschen Delegation Erfolge erzielt worden. Vor allem habe Frankreich es aufgegeben, die Räumungsfrage mit wirtschaftlichen Zugeständnissen in der Frage des deutsch-französischen Handelsvertrages zu verbinden.

Mordanschlag auf Raditsch.

Die Tat der serbischen „Schwarzen Hand“.

Karam, 15. Aug. Gleich nach dem Eintreffen Raditsch' in Karam hat in einem Lokal eine Intimsversammlung stattgefunden, vor der Raditsch seine Eindrücke aus Rußland schilderte. Während seiner Rede näherte sich ihm ein Individuum, das ihn mit einem Dolch zu ermorden versuchte. Von Raditsch' Parteigenossen wurde dieser Mordanschlag verhindert und das betreffende Individuum verhaftet. Bei der Befragung wurde festgestellt, daß der Mörder ein Mitglied des Bundes „Schwarze Hand“ ist. Es wird behauptet, daß in dem serbischen „Schwarze Hand-Bund“ be-

offen!

rg.

bnit

berbereic.

24

ern

gruber.

Uhr.

4

U

Kobelnburg.

Uhr.

ner

ger Familie

att erbeten.

ger

ue-

ger

17.

17.

17.

17.

17.

17.

17.

17.

17.

17.

17.

17.